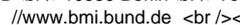




## Nationaler IT-Gipfel gründet Erprobungsraum Nordwest für innovative und vernetzte Verwaltung

Nationaler IT-Gipfel gründet Erprobungsraum Nordwest für innovative und vernetzte Verwaltung  
Zum 8. Nationalen IT-Gipfel 2014 in Hamburg haben Vertreterinnen und Vertreter des interkommunalen E-Government Netzwerkes Virtuelle Region Nordwest ("ViR-Nordwest", [www.vir-nordwest.de](http://www.vir-nordwest.de)), das aus Kommunen, Kreisen, IT-Dienstleistern, Verbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen im Nordwesten Deutschlands besteht, die Gründung eines "Erprobungsraum Nordwest" vereinbart. Unter der Geschäftsführung der Stadt Bremen setzt sich der neugegründete Erprobungsraum zum Ziel, eng mit den bereits bestehenden Erprobungsräumen Rhein-Neckar (gegründet 2010) und Rheinland (gegründet 2012) zusammenzuarbeiten, um die Entwicklung und Erprobung innovativer IT-Angebote des Staates für Wirtschaft und Gesellschaft voranzubringen. Unterstützt wird das Vorhaben durch die Arbeitsgruppe 3 des Nationalen IT-Gipfels "Innovative IT-Angebote des Staates" unter Vorsitz von Karl-Heinz Streibich (Software AG) und Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe (Bundesministerium des Inneren).  
Die Region Nordwest ist eine starke Wachstumsregion für die wichtigen Zukunftsfelder Logistik, maritime Wirtschaft, Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt, erneuerbare Energien und Ernährung. Sie bietet damit sehr gute Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Hier setzt die "ViR-Nordwest" an: durch interkommunale E-Government-Anwendungen will sie die Attraktivität des Standortes weiter steigern. Das Netzwerk "ViR-Nordwest" setzt einen Schwerpunkt auf interkommunalen E-Government-Anwendungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen.  
Als Teil des IT-Gipfelprozesses strebt der "Erprobungsraum Nordwest" den Erfahrungsaustausch mit der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) und dem Rheinland an. Schwerpunkte dafür sind die "Verbesserung der Zugänge zu den Verwaltungsleistungen" für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, sowie die Beschleunigung der Prozesse innerhalb der Verwaltung und zwischen Verwaltung, Bürgern und Unternehmen.  
Die durch Informations- und Kommunikationstechnik angestoßenen Transformations- und Modernisierungsprozesse in Gesellschaft, Staat und Verwaltung werden durch den jährlichen IT-Gipfel der Bundesregierung nachhaltig gefördert. Die Ausrichtung des 8. Nationalen IT-Gipfels am 21. Oktober in Hamburg war deshalb für die Kommunen in der Region Nordwest ein willkommener Anstoß, die gemeinsamen Anstrengungen zu verstärken.  
Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen und IT-Dienstleister im Erprobungsraum Nordwest haben ihren Willen zur Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Metropolregionen Rhein-Neckar und Rheinland durch einen "Letter of Intent" bekräftigt, der während des IT-Gipfels an Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und Beauftragte der Bundesregierung für IT, und Karl-Heinz Streibich, Vorstandsvorsitzender der Software AG, als Co-Vorsitzende der AG 3 übergeben wurde.  
Hierzu erklärt Frau Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik und Co-Vorsitzende der AG 3: "Die Erprobungsräume Rhein-Neckar und Rheinland haben sich als herausragende Inkubatoren und Katalysatoren für das gemeinde- und ebenenübergreifende E-Government erwiesen. Daher begrüße ich es sehr, dass wir mit dem Erprobungsraum "ViR-Nordwest" einen weiteren Innovationsraum für das E-Government von morgen hinzugewinnen. Der IT-Planungsrat wird die Arbeit des Erprobungsraums Nordwest und der anderen Räume weiter aktiv begleiten, um die Ergebnisse für ganz Deutschland fruchtbar zu machen."  
Karl-Heinz Streibich, Vorstandsvorsitzender der Software AG und Co-Vorsitzender der AG3: "Die erfolgreiche Digitalisierung des öffentlichen Bereiches wird die Voraussetzung dafür sein, dass Deutschland seine führende Stellung als High-Tech-Exportnation auch in Zukunft erhalten und weiter ausbauen kann. Die Gründung von Erprobungsräumen leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die Nutzung innovativer IT-Technologien des Staates und damit die Digitalisierung in diesem Bereich voranzutreiben."  
Hans-Henning Lühr, Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen: "Im Netzwerk der ViR-Nordwest arbeiten seit mehr als 10 Jahren ca. 60 Kommunen zusammen - und das Länder übergreifend, von Aurich bis Harburg und von Cuxhaven bis Diepholz. Als Erprobungsraum wollen wir nun die regionale Kooperation noch mehr an der Strategie des IT-Planungsrats ausrichten. Im Vordergrund stehen dabei die Erprobung des neuen Personalausweises und die elektronische Rechnung."  
Daniela Berger, Leiterin des Fachdienstes LuK der Stadt Oldenburg: "Interkommunale Zusammenarbeit führt gerade auch bei E-Government-Projekten zu Kostenersparnis, Verbesserung der Qualität von Verwaltungsleistungen und zur beschleunigten Umsetzung von Modernisierungsvorhaben. Sie trägt zur Erhaltung der Selbstständigkeit von Kommunen bei und stärkt damit letztlich auch die kommunale Selbstverwaltung."  
Bundesministerium des Innern (BMI)  
Alt-Moabit 101  
D-10559 Berlin  
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089  
Telefax: +49 30 18681-1083  
Mail: [presse@bmi.bund.de](mailto:presse@bmi.bund.de)  
URL: <http://www.bmi.bund.de>  


### Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

[bmi.bund.de](http://bmi.bund.de)  
[presse@bmi.bund.de](mailto:presse@bmi.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

[bmi.bund.de](http://bmi.bund.de)  
[presse@bmi.bund.de](mailto:presse@bmi.bund.de)

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim

Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.